

Berlin, 9. Dezember 2013

# STATEMENT

**Uwe Fröhlich,  
Präsident des  
Bundesverbandes der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken (BVR)**

**Konferenz „Zukunft der  
Mittelstandsfinanzierung“  
beim DIHK, 9. Dezember 2013**

Bundesverband der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:  
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4  
10785 Berlin  
Telefon: (030) 20 21-13 00  
Telefax: (030) 20 21-13 05

Internet: [www.bvr.de](http://www.bvr.de)  
E-Mail: [presse@bvr.de](mailto:presse@bvr.de)

Die Vorträge am heutigen Vormittag und die anschließenden Workshops haben eines ganz deutlich gemacht: **Mittelstandsgeschäft ist Vertrauenssache.**

Der römische Epiker Ovid hat einmal gesagt: „Vertrauen stellt sich bei Fragen großer Bedeutung nur langsam ein.“ Diese Aussage lässt sich gut übertragen auf die im internationalen Vergleich noch recht schwache Investitionsquote in Deutschland. Wir haben in Deutschland aus Unternehmenssicht nicht einen Liquiditätsengpass, sondern einen sich nur langsam auflösenden Vertrauensengpass in die Rahmenbedingungen für Investitionen. Vielen Mittelständlern machen die steigenden Energiekosten und bürokratischen Hemmnisse zu schaffen. Was Mittelständler genauso wie die Kreditwirtschaft benötigen, sind verlässliche Rahmenbedingungen. Die neue Bundesregierung sollte sich dies zum Ziel setzen. Mehr private Investitionen, aber auch öffentliche Investitionen beispielsweise in die Schlüsselbereiche Energie, Verkehrsinfrastruktur und Bildung können das Wirtschaftswachstum in Deutschland stärken und zugleich einen wichtigen Impuls für die europäische Wirtschaft geben. Hierzu kann der deutsche Mittelstand, der verhältnismäßig unbeeindruckt von der Schwäche der europäischen Nachbarstaaten robust durch die Euroschuldenkrise gekommen ist, maßgeblich beitragen. Erfreulicherweise mehren sich die Anzeichen, dass die Rezession im Euroraum überwunden ist. Die Investitionsabsichten der Mittelständler haben zuletzt wieder merklich zugenommen, wobei die Investitionsneigung mit zunehmender Unternehmensgröße stärker ausgeprägt ist.

Anders als in anderen europäischen Staaten hatten wir hierzulande während der Finanzkrise keine Kreditklemme, sondern eine **stabile Kreditversorgung**. Dies liegt vor allem an den tragfähigen Geschäftsmodellen deutscher Kreditinstitute, die auf langjährigen, vertrauensvollen Geschäftsbeziehungen zwischen mittelständischen Firmenkunden und Hausbanken basieren. Zu Recht bekennen sich SPD, CDU und CSU in ihrem Koalitionsvertrag zum dreigliedrigen Bankensystem in Deutschland und machen sich für die Sicherstellung der klassischen Mittelstandsfinanzierung über Genossenschaftsbanken, Sparkassen, Privatbanken sowie Förderbanken und Bürgschaftsbanken stark.

Die hohe Bedeutung und Erfolgchancen des Mittelstands als Motor für Wachstum und Beschäftigung haben sich mittlerweile in weiten Teilen des Finanzsektors herumgesprochen. Teile des Mittelstandsgeschäfts sind heute ein Geschäftsfeld mit hoher Wettbewerbsintensität innerhalb der Kreditwirtschaft geworden. Auch wenn in den dezentralen Bankengruppen der Kreditbestand an nicht finanzielle Unternehmen und Selbstständige zwischen September 2012 und September 2013 zulegen, fiel in diesem Zeitraum trotz des anhaltend niedrigen

Zinsniveaus das Firmenkreditwachstum der gesamten Kreditwirtschaft leicht negativ aus. Neben der sich nur langsam auflösenden Investitionszurückhaltung lag dies auch daran, dass viele Unternehmen in den vergangenen Jahren ihre Eigenkapitalausstattung kontinuierlich verbessert haben. Sie nutzen dadurch stärker Innenfinanzierungen.

Gleichwohl bleibt für mittelständische Unternehmen in Deutschland der **Bankkredit die Hauptfinanzierungsform**, vor der Innenfinanzierung. Alternative Finanzierungsformen wie Leasing und Factoring gewinnen weiter an Bedeutung. Kapitalmarktfinanzierungen mittels Anleihe- oder Aktienemissionen spielen für kleine und mittlere Betriebe aufgrund der hohen Anforderungen und Kosten eine eher untergeordnete Rolle. Daher wird die im Grünbuch der Europäischen Union (EU) „Langfristige Finanzierung der Europäischen Wirtschaft“ geäußerte Kritik an dem hohen Anteil von Bankkrediten bei Unternehmensfinanzierungen und die darauf aufbauende Forderung nach mehr Kapitalmarktfinanzierungen der gut funktionierenden Mittelstandsfinanzierung in Deutschland nicht gerecht. Das hingegen in anderen Teilen der EU existierende Problem eines zu geringen Angebots an Langfristfinanzierungen erklärt sich aus der hohen wirtschaftlichen Unsicherheit und der eingeschränkten Leistungsfähigkeit der Bankensysteme in den betroffenen Staaten. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass die betroffenen Mitgliedsstaaten weitere Fortschritte bei der Lösung der zentralen wirtschaftspolitischen Probleme erzielen, insbesondere auch in Bezug auf die Konsolidierung der Staatshaushalte. Nur so kann das notwendige Vertrauen in verlässliche Rahmenbedingungen wiederhergestellt werden.

Das deutsche Bankensystem zeichnet sich dadurch aus, dass die Kunden Vertrauen in die deutschen **Einlagensicherungssysteme** – und dabei schließe ich auch die Institutssicherungssysteme einzelner Bankengruppen mit ein – haben. Deshalb sind die Sorgen auch des Mittelstands vor einer Risiko- und Vermögenstransferunion im Zuge der geplanten Bankenunion auf EU-Ebene mehr als gerechtfertigt. Folgerichtig wird im aktuellen Koalitionsvertrag mit Blick auf die in der Krise stabilen deutschen Einlagensicherungssysteme eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf EU-Ebene abgelehnt.

Mit der Einführung der neuen **Basel-III-Vorschriften** in 2014 soll aufgrund höherer Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität der Banken das Finanzsystem weniger anfällig für Krisen werden. Leider gelingt dabei der Spagat zwischen einer angemessenen staatlichen Regulierung von großen, meist grenzüberschreitend tätigen Banken in Europa und regional ausgerichteten Instituten nur teilweise. Im Zuge der Umsetzung auf europäischer Ebene konnten die Deutsche Kreditwirtschaft und mittelständische Wirtschaft erreichen, dass bei den

ab 2014 anzuwendenden neuen Basel-III-Vorschriften für Kreditinstitute – zunächst für drei Jahre – ein Korrekturfaktor eingeführt wird, der die pauschale Eigenmittelerhöhung der Banken und Sparkassen für Mittelstandskredite wieder ausgleicht.

Mit Blick auch auf den exportorientierten Mittelstand ist es bedauerlich, dass Basel III für die von den Banken ab 2015 zu meldende Leverage-Ratio keine Sonderregelung für Forderungen mit Staatsgarantie und damit auch für Hermes gedeckte Außenhandelsfinanzierungen zulässt. Bekanntlich soll bei der Leverage Ratio künftig nicht zwischen risikoarmen und risikoreichen Krediten unterschieden werden, so dass der aufgrund der Bundesdeckung risikofreie Teil der Exportkredite voll in die Verschuldungsobergrenze der Bank einfließen würde.

Auch wenn auf internationaler Ebene die hohen deutschen Exportüberschüsse kontrovers diskutiert werden, unterstreichen sie doch eines: die hohe Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte und Dienstleistungen im Ausland. **International ausgerichtete Mittelständler** erhalten beim Gang ins Ausland hilfreiche Unterstützung durch die Außenhandelskammern. Auslandsengagements sind für Unternehmen in der Regel mit Finanzierungsbedarf verbunden. Hierfür bietet die deutsche Kreditwirtschaft umfassende Bankdienstleistungen an. Diese reichen von der Außenhandelsfinanzierung unter Nutzung öffentlicher Förderprogramme bis hin zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken und Durchführung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs. Aufgrund von EU-Vorgaben dürfen Kreditinstitute ab dem 1. Februar 2014 Überweisungen und Lastschriften von Unternehmen in Euro nur noch als SEPA-Zahlung im SEPA-Datenformat annehmen und ausführen. Deshalb an dieser Stelle noch einmal die Bitte an die Unternehmensvertreter, rechtzeitig mit der SEPA-Umstellung zu beginnen, um so frühzeitig eventuelle Fehlerquellen zu identifizieren und zu bereinigen. Banken und Sparkassen beraten sie gern bei der Umsetzung.

Zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft sind **Innovationen** unverzichtbar. Anders als bei der klassischen Investitionsfinanzierung ist bei der Innovationsfinanzierung der Erfolg des Geschäftsvorhabens oft ungewiss und mit hohen wirtschaftlichen und technischen Risiken verbunden. Hinzu kommt, dass innovative Projekte kaum Besicherungsmöglichkeiten bieten. Angesichts der hohen Risiken kommt deshalb der Beurteilung der technischen Realisierbarkeit und Marktfähigkeit der Innovationsvorhaben entscheidende Bedeutung zu. Die Innovationsförderprogramme von KfW, Landwirtschaftlicher Rentenbank, Landesförderinstituten und Bürgschaftsbanken sind oftmals ein wichtiger Bestandteil bei Innovationsfinanzierungen der Hausbanken. Beteiligungskapitalfinanzierungen konzentrieren sich eher auf junge, besonders innovative Unternehmen – die sogenannten

Hightech Startups. Eine noch relativ neue Form der Innovationsfinanzierung stellt das so genannten Crowdfunding über Internetplattformen dar.

Die Wirtschaftszweige **Agrarwirtschaft und erneuerbare Energien** erfreuen sich nicht erst seit der Energiewende hoher Wachstumsraten. Beide Sektoren sind eng miteinander verflochten. Überspitzt formuliert, haben sich einige Landwirte zu Energiewirten entwickelt. Mitunter spricht man schon von den Ölscheichs von morgen. Zur Erzeugung erneuerbarer Energien werden immer mehr Energiegenossenschaften in Deutschland gegründet. Die geplante grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wird sicherlich das Wachstum bei den erneuerbaren Energien drosseln, jedoch unterschiedlich stark, je nach den einzelnen erneuerbaren Energiequellen. Auch der zunehmende Rückzug der EU beziehungsweise des Staates aus der aktiven Markt- und Preispolitik stellt eine besondere Herausforderung für das Risikomanagement der Agrarbetriebe dar. Das Wachstum bei den Agrarkreditbeständen und Kreditbeständen zur Finanzierung erneuerbarer Energien ist jedoch ein deutliches Indiz für die nach wie vor bestehende Investitionsbereitschaft im Bereich der erneuerbaren Energien und Landwirtschaft.

Bei zahlreichen Unternehmen, insbesondere in der Landwirtschaft, ist die betriebliche Nachfolge noch ungelöst. Aus einer unzureichenden **Nachfolgeregelung** können existenzbedrohende Risiken für das Unternehmen und damit Ausfallrisiken für die Hausbank erwachsen. Fehlt es an geeigneten Nachfolgern in der Familie oder im Unternehmen, kann Deutschlands größte Internetchange bei der Suche nach passenden externen Kandidaten helfen. Dies hat auch die Politik erkannt. So soll laut Koalitionsvertrag die gemeinsame Unternehmensbörse „nexxt-change“ von BMWi, KfW, BVR, DSGV und den Kammernverbänden DIHK und ZDH weiter ausgebaut werden.

Wichtige Grundlagen einer erfolgreichen Mittelstandsfinanzierung sind eine offene Kommunikation und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Mittelstand und Kreditwirtschaft. Die heutige Konferenz „Zukunft der Mittelstandsfinanzierung“ von DIHK, DSGV, BdB und BVR hat diese Kultur des Miteinanders eindrucksvoll unter Beweis gestellt.